

BUCHBESPRECHUNGEN

Sammelbesprechung:

Studien zum Konflikt im südlichen Afrika

Die ersten 4 von 7 Bänden

Im Jahre 1975 erschienen bei Kaiser und Grünewald die ersten vier Bände der „Studien“, eines Forschungsprojekts, das 1971 vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEF) in Auftrag gegeben wurde und zur Hälfte von der Katholischen Kirche, zur Hälfte von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung finanziert wird. Das Projekt steht unter der Leitung der beiden Professoren für Internationale Politik, Franz Ansprenger aus Berlin und Ernst-Otto Czempel aus Frankfurt, die beide zur Wissenschaftlichen Kommission des KAEF gehören, der als Herausgeber der Wissenschaftlichen Reihe Entwicklung und Frieden fungiert.

Die Auftraggeber wie das sechsköpfige wissenschaftliche Team gehen davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland an dem mehr-dimensionalen Konflikt im Untersuchungsfeld — dem südlichen Afrika — direkt beteiligt ist und daher auch Mitverantwortung an der (friedlichen) Konfliktlösung, bzw. der Suche nach ihr, trägt. Die BRD ist Hauptadressat der „Studien“ (drei weitere Bände über die Südafrikapolitik der USA, Großbritanniens, der Kirchen und der UNO folgen); dabei erheben die Autoren den nicht unbescheidenen Anspruch, im Namen einer praxisorientierten Friedensforschung den politischen Akteuren in der BRD „verwendbare Handlungsanleitungen“ für eine Konfliktreduzierung im südlichen Afrika zu geben.

LEONHARD HARDING

Die Politik der Republik Südafrika. Eine Strategie der regionalen Kooperation

Studien zum Konflikt im südlichen Afrika. Entwicklung und Frieden. Wissenschaftliche Reihe 6.

Chr. Kaiser Verlag, München

Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz, 1975, 184 S.

In diesem Band stellt der Historiker Harding (Mitarbeiter der Arbeitsstelle Politik Afrikas an der Freien Universität Berlin) die politischen und wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen zwischen der Republik Südafrika (RSA) und ihren Nachbarstaaten dar, mit dem zeitlichen Schwerpunkt 1968—1972. Harding weist anhand zahlreicher Quellen und Monographien nach, daß die RSA mit dem weißen Minderheitsregime in Rhodesien zwar zahlreiche „Interaktionen“ betreibt, daß aber beide Staaten aus politischen Gründen eine stärkere wirtschaftliche Verschmelzung zu verhindern gewußt haben. Dabei habe sich Vorster von dem Ziel leiten lassen, eine Systemstabilisierung im südlichen Afrika durch einen Systemwechsel in Rhodesien (in Richtung auf eine schwarze Mehrheitsregierung) zu bewirken. Die weiße Minderheitsregierung von Ian Smith in Salisbury wird daher als „Störenfried in Südafrikas Sicherheitspolitik“ (S. 84) bezeichnet. Von daher wird auch die pragmatische Reaktion Pretorias auf den Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft verständlich gemacht. Die weißen Minderheitsregime stellten

demnach für Pretoria nicht einen „wertvollen Sicherheitsgürtel“ dar — wie oft behauptet wird —, sondern ein „gravierendes Sicherheitsrisiko“ (S. 83). Dieser Ansicht kann allerdings nur mit Einschränkung zugestimmt werden, da Hardings These erst für die Zeit gilt, als feststand, daß die afrikanischen Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola die Portugiesen über kurz oder lang besiegen würden.

Auch die Beziehungen der RSA mit Malawi sowie mit den BLS-Staaten (Botswana, Lesotho, Swaziland) waren und sind im wesentlichen ökonomischer Art und sind in ihrer Abhängigkeitsstruktur durch historische und geopolitische Gegebenheiten zu erklären. Als übergreifendes Ziel von Pretorias Regionalpolitik definiert Harding „die eigene Stabilität auf Strukturen der ökonomischen Kooperation mit den Nachbarstaaten zu gründen und nicht auf ideologische Affinitäten“. Er fügt als „wichtige Erkenntnis“ hinzu: „Die innere Kohärenz des regionalen Kooperationsystems im südlichen Afrika ist weit geringer als allgemein angenommen“ (S. 127).

Harding lehnt es folgerichtig ab, von einem „regionalen System“ (Grundy) zu sprechen oder Galtungs „imperialistisches Herrschaftsmodell“ für die Analyse anzuwenden (S. 124/5), „weil eindeutige Zugehörigkeitskriterien . . . nicht zu benennen sind“ (S. 123). Wieso dann allerdings die neun Länder des südlichen Afrikas als „relative Aktionseinheit“ bezeichnet werden — wo doch z. B. Lesotho 1972 als Sprecher der gegen Südafrika eingerichteten „Dialoggegner“ (S. 93) fungierte — ist nicht einsichtig. Ebenso wenig überzeugend klingt die (allerdings nur auf einer Seite hingetupfte) Handlungsanweisung für Friedenstrategen, nämlich „die Peripheriestaaten des regionalen Systems südliches Afrika bei einer langsamen Umstrukturierung ihrer Außenwirtschaftsbeziehung zu unterstützen und auf diese Weise die Interdependenzstrukturen des regionalen Systems und damit dieses selbst abzubauen“ (S. 130).

Hier stellt sich die Frage, ob Hardings Hypothese haltbar ist — mit der dieser „Interaktionsansatz“ vom Autor als „realistisch“ hingestellt wird —, daß solche Änderungen in den intraregionalen Außenwirtschaftsbeziehungen mittels externer Einwirkungen „eine potentiell systementscheidende Schwäche Südafrikas“ aufdecken und verstärken würden. Hat nicht gerade die erzwungene aber relativ friedliche Koexistenz zwischen der RSA und einer FRELIMO-Regierung in Mozambique gezeigt, wie relativ unabhängig Pretorias Rassenpolitik und Herrschaftsorganisation von seinem (sich rasch ändernden) regionalen Umfeld — wenigstens bisher — geblieben ist? Der Republik Südafrika stellen sich heute wichtigere (interne) Aufgaben für eine Stabilisierung der weißen Herrschaft. Durch die Dekolonisierung der portugiesischen Territorien (mit ihren mittelfristig noch nicht kalkulierbaren Rückwirkungen auf Pretoria) hat die an sich sorgfältig recherchierte Studie Hardings etwas an politischer Aktualität eingebüßt.